

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DERSTADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn Landtagsabgeordneter
Tarek Al Wazir
Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Bearbeitung: Frau Schäfer
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 11.Juli 2006

Keine Studiengebühr

Sehr geehrter Herr Al Wazir,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 07. Juli 2006 zu DS I (A) 39 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung lehnt die Einführung der allgemeinen Studiengebühren in Hessen ab und fordert die Landesregierung auf, diese zurückzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Landesregierung entsprechend einzusetzen und dabei auf die besonders hohe finanzielle Gesamtbelastung für Studiengänge an der Hochschule für Gestaltung (HfG) in Offenbach und die daraus erwachsenden Probleme hinzuweisen. Auch die Offenbacher Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in diesem Sinne aktiv einzusetzen.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Erik Lehmann
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Herrn Landtagsabgeordneter
Stefan Grüttner
Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Bearbeitung: Frau Schäfer
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 11. Juli 2006

Keine Studiengebühr

Sehr geehrter Herr Grüttner,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 07. Juli 2006 zu DS I (A) 39 folgenden Beschluss gefasst hat:

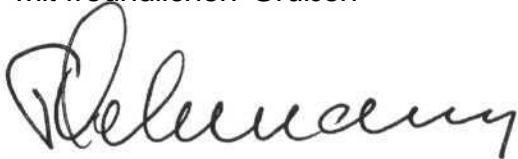
Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung lehnt die Einführung der allgemeinen Studiengebühren in Hessen ab und fordert die Landesregierung auf, diese zurückzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Landesregierung entsprechend einzusetzen und dabei auf die besonders hohe finanzielle Gesamtbelastung für Studiengänge an der Hochschule für Gestaltung (HfG) in Offenbach und die daraus erwachsenden Probleme hinzuweisen. Auch die Offenbacher Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in diesem Sinne aktiv einzusetzen.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Erik Lehmann
Stadtverordnetenvorsteher

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER
DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

Stv.-Büro 63061 Offenbach (Main)

Frau Landtagsabgeordnete
Heike Habermann
Hessischer Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Bearbeitung: Frau Schäfer
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2656
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 11. Juli 2006

Keine Studiengebühr

Sehr geehrter Frau Habermann,

ich möchte Sie davon unterrichten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach a.M. in ihrer Sitzung am 07. Juli 2006 zu DS I (A) 39 folgenden Beschluss gefasst hat:

Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung lehnt die Einführung der allgemeinen Studiengebühren in Hessen ab und fordert die Landesregierung auf, diese zurückzunehmen.

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Landesregierung entsprechend einzusetzen und dabei auf die besonders hohe finanzielle Gesamtbelastung für Studiengänge an der Hochschule für Gestaltung (HfG) in Offenbach und die daraus erwachsenden Probleme hinzuweisen. Auch die Offenbacher Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich in diesem Sinne aktiv einzusetzen.

Ich leite diesen Beschluss im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an Sie weiter und bitte Sie, im Sinne der Beschlussfassung tätig zu werden.

Dieses Schreiben wird gemeinsam mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in unserem Politischen Informationssystem „PIO“ auf der Internetseite der Stadt Offenbach www.offenbach.de eingestellt. Wir beabsichtigen auch - der Vollständigkeit halber - Ihre Antwort hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Erik Lehmann
Stadtverordnetenvorsteher